

AKTUELLE CHRONIK

Juli bis September 1990
Zusammengestellt von Angelika Pathak

ASIEN

30.Juli-1.Aug.: Zweite APEC-Außenministerkonferenz in Singapur; Hauptthemen der Gespräche waren das Kambodscha-Problem und die vom japanischen Außenminister Nakayama befürwortete Aufnahme der "drei Chinas" (Volksrepublik China, Hongkong und Taiwan). Die APEC bilden derzeit die sechs ASEAN-Länder, Japan, die USA, Südkorea, Kanada, Australien und Neuseeland.

SÜDASIEN

10.-13.Juli: SAARC-Konferenz über Biomasse-Gasifizierung in Colombo.

20.Aug.: Bekanntgabe der Regierung der Malediven, daß der mehrfach verschobene SAARC-Gipfel am 19.-21.Nov.1990 in Male, zugleich mit dem 25. Jahrestag der Unabhängigkeit der Maledien, stattfinden werde. Sri Lanka hatte sein Angebot, den Gipfel auszurichten, Anfang Juli wegen interner Probleme zurückgezogen.

Afghanistan

28.Juni: "Demokratische Volkspartei Afghanistans" umbenannt in "Heimatlandpartei", Änderung der Parteistatuten.

Anfang Juli: Reduzierung der US-Militärhilfe an die Mujahedin wegen der dann entstehenden "negativen Symmetrie" von dem in Pakistan stationierten US-Botschafter bei den afghanischen Mujahedin, Peter Tomsen, ausgeschlossen.

14.Juli: Kreditzusage, zugleich aber auch Beendigung der Waffenlieferungen der Sowjetunion an die Regierung in Kabul.

28.Juli: Beginn der Repatriierung der in Pakistan lebenden Flüchtlinge unter Aufsicht des UNHCR.

Ende Juli: Italienische Botschaft in Kabul wiedereröffnet.

14.Aug.: Gesetz über politische Parteien vom Verfassungsrat verabschiedet, es läßt Parteiengründung unter dem Vorbehalt der Beachtung des Islam und der afghanischen Traditionen zu.

19.Aug.: Zwei neue Präsidialerlasse: Rückgabe von verstaatlichten Häusern an ehemalige Besitzer und Freilassung von 272 Häftlingen.

23.-24.Aug.: Gespräche Präs. Najibullas in Moskau über Entwicklungen im Irak und sowj.-afgh. Beziehungen.

28.-31.Aug.: Besuch Präs. Najibullas in Neu-Delhi; Abkommen über Lieferung von Weizen und Omnibussen an Afghanistan unterzeichnet, SAARC-Beitritt Afghanistans von Indien befürwortet.

Bangladesch

28.Juli: Absicht Präs. Ershads, bei Präsidentschaftswahlen 1991 erneut zu kandidieren, bekanntgegeben.

11.Aug.: Neues Ministerium für Angelegenheiten der Stammesbevölkerung einge-

richtet; Hauptaufgabe ist die Verwirklichung von Gesetzen zu Bezirksratswahlen.

28.-29.Aug.:Besuch des Außenministers in mehreren Golfstaaten wegen der dort verbleibenden bangladeshi Gastarbeiter.

Bhutan

27.-29.Aug.:7.Runde der chin.-bhutan. Grenzgespräche in Thimphu einvernehmlich verlaufen.

Indien

14.Juni:Virendra Verma neuer Gouverneur des Punjab nach Rücktritt Nirmal Mukherjees.

16.Juni:US-Handelssanktion gegen Indien wegen anhängiger GATT-Verhandlungen ausgesetzt.

20.-22.Juni:Außenminister Gujral in Bonn; Hauptthema der Gespräche war die Zusammenarbeit mit einem geeinten Deutschland.

Ende Juni:Heftige Zusammenstöße zwischen Tamilengruppen (LTTE und EPRLF) aus Sri Lanka in Tamil Nadu.

5.Juli:Das gesamte Kashmir-Tal zum Unruhegebiet erklärt, am folgenden Tag dem Militär unterstellt.

12.Juli:Rücktritt von Haryana-Chefminister Gupta, Chautala wiederum als Chefminister vereidigt. Aus Protest Rücktritt dreier wichtiger Kabinettsmitglieder am folgenden Tag.

14.Juli:Rücktrittersuchen V.P.Singhs an Janata Dal-Vorsitzenden Bommai gleichfalls aus Protest gegen Chautalas erneute Amtseinsetzung, am folgenden Tag zurückgenommen. Rücktritt Chautalas am 16.Juli.

18.-19.Juli:Kein Fortschritt bei indisch-pakistanischen Außenministergesprächen über Kashmir in Islamabad.

19.Juli:Jammu und Kashmir unter President's Rule gestellt, am 22.Aug. vom Unterhaus, am 3.Sept. vom Oberhaus gebilligt. Zuvor bereits vom 19.Jan.-18.Juli unter Governor's Rule.

23.-26.Juli:Premierminister V.P.Singh in der Sowjetunion; Handelsabkommen auf Rupien-Basis um weitere fünf Jahre verlängert.

1.Aug.:Stellvertr. Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister Devi Lal entlassen nach nicht belegten Korruptionsvorwürfen gegen zwei Minister.

7.Aug.:Beschäftigungsquote im öffentlichen Sektor für sozial schwache Angehörige der niedrigen Kasten und Stämme auf 27% entsprechend den Empfehlungen der Mandal-Kommission festgelegt; bereits zuvor waren 22,5% der Arbeits- und Ausbildungsplätze für Angehörige der niederen Kasten und Stämme reserviert. Proteste höherer Kasten in den folgenden Wochen in den nordindischen Bundesländern Rajasthan, Uttar Pradesh, Bihar und Orissa. Auch benachteiligte Muslime und Christen melden ihre Ansprüche an.

10.-11.Aug.:Weitere ind.-pakistan. Gesprächsrunde über Kashmir ergebnislos.

15.Aug.:Indische Staatsangehörigkeit für 80 000 staatenlose Sikkimer.

16.-22.Aug.:Außenminister Gujral besuchte Moskau, Kuwait und Irak; Schwerpunkt der Gespräche sind die ca. 150 000 indischen Arbeitskräfte in Kuwait und 10 000 Inder im Irak, als auch die wirtschaftlichen Nachteile des Bokotts für Indien, das 40% seines Erdöls aus diesen beiden Ländern bezog.

24.Aug.:Bildung eines Nationalen Sicherheitsrates beschlossen; er soll sich aus wichtigen Kabinettsmitgliedern und Chefministern zusammensetzen und sich mit Fragen der inneren und äußeren Sicherheit befassen.

30.-31.Aug.:Zweite Gesprächsrunde der sino-indischen Arbeitsgruppe zu Grenzfragen in Neu Delhi über Mechanismen der gemeinsamen Grenzüberwachung.

Malediven

22.-24.Juni:Besuch des indischen Ministerpräsidenten V.P.Singh; Gespräche u.a. zur SAARC-Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung und im Umweltschutz.

Nepal

13.Juni:Wegen illegalen Missionierens inhaftierte Christen freigelassen.

10.Juli:42 Verfassungsartikel durch den König ausgehoben, die Koalitionsregierung mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet.

29.Juli:Todesstrafe abgeschafft.

5.-7.Aug.:Besuch des indischen Außenministers Gujral; drei weitere Grenzübergänge geöffnet, Friedens- und Freundschaftsvertrag für weiterhin gültig erklärt.

19.Aug.:Verfassungsentwurf sieht Hinduismus als Staatsreligion vor, am 10.Sept. dem König vorgelegt.

Pakistan

13.Juli:Abkommen über Zusammenarbeit in Grenzsicherungsfragen mit Iran unterzeichnet.

Mitte Juli:Zahlreiche Tote bei Unruhen in Sindh.

6.Aug.:Ministerpräsidentin B.Bhutto entlassen, Notstand verhängt; bis zu den auf den 24.Okt. festgelegten Wahlen ist der ehemalige Oppositionsführer Ghulam Mustafa Jatoi amtierender Ministerpräsident.

7.Aug.:Massenmedien und Nachrichtenwesen der Kontrolle des Militärs unterstellt. Mehrere Minister vereidigt, weitere Minister am 11. und 17.August vereidigt, darunter zwei PPP-Anhänger.

Mitte Aug.:Acht frühere Oppositionsparteien bildeten Islamische Demokratische Allianz gegen Frau Bhutto, luden andere Parteien zu Wahlabsprachen über gemeinsame Kandidaten ein.

22.Aug.:Chinesische Lieferung von Uran-Reaktorbrennstoff bekanntgegeben.

28.Aug.:Präsidentialerlaß über Einrichtung von 11 Sondergerichten zur Überprüfung von Korruptions- und Amtsmißbrauchvorwürfen gegen ehemalige Regierungsmitglieder. Ein weiterer Präsidentialerlaß berechtigt jedermann, die Qualifikation von Wahlkandidaten anzufechten und damit die Kandidatur zu verhindern.

6.Sept.:Angleichung großer Teile des Strafrechts an Scharia; die Änderungen treten am 3.Okt. in Kraft.

10.Sept.:„Demokratische Volksallianz“ von PPP und drei Parteien im Hinblick auf Wahlen eingegangen.

Sri Lanka

18.Juni:Nach Angaben eines Sprechers des Verteidigungsministeriums erklärte die Regierung der LTTE (Liberation Tigers of Tamil Elam) den "totalen Krieg", nachdem die LTTE im Norden und Osten mehrere Polizeiwachen überfallen und zahlreiche Polizeibeamte getötet hatte. Seither Intensivierung

des Bürgerkriegs, Notstand periodisch erneuert.

- 7.Juli: Regierung der Nordostprovinz für aufgelöst erklärt, Neuwahlen angekündigt.
- 23.Juli: Große Gruppe tamilischer Abgeordneter aus Protest gegen Militäroffensive gegen LTTE zurückgetreten.
- 12.Aug.: 150 Muslime bei Überfällen der LTTE auf Moscheen im Osten des Landes getötet; bei Vergeltungsschlägen der muslimischen Bevölkerung über 100 Tamilen umgebracht.
- 22.Aug.: Beginn der Militäroffensive der Regierungstruppen gegen LTTE-Posten auf der Halbinsel Jaffna.

SÜDOSTASIEN

- 24.-26.Juli: ASEAN-Außenministerkonferenz in Jakarta; Hauptthema war der als Rückschlag für die Indochina-Politik der ASEAN-Länder empfundene Wandel der amerikanischen Indochina-Politik (Aufnahme des Dialogs mit Vietnam, Rücknahme der Anerkennung für das von der Koalitionsregierung besetzte UNO-Mandat). Einigung über Prüfungsverfahren für Boat People.
- 27.-28.Juli: Gespräche der ASEAN-Außenminister mit Partnerländern, u.a. Japan und USA.
- 5.-6.Sept.: Tagung des ASEAN-Ölrates (ASCOPE) in Jakarta um Koordinierung der Erdölpolitik der Mitgliedsländer bemüht.

Indonesien

- 1.-4.Juli: Bei Besuch Außenminister Alatas in Beijing Wiederaufnahme voller diplomatischer Beziehungen mit der VR China beschlossen.
- 6.-10.Aug.: Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng; Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen am 8.Aug.; diese waren im Okt. 1967 unterbrochen worden, nachdem China der Beteiligung am Regierungsumsturz in Jakarta 1965 beschuldigt worden war.

Malaysia

- 16.-17.Juli: Bei Landtagswahlen in Sabah errang die regierende Parti Bersatu Sabah 36, die United Sabah National Organisation 12 von insgesamt 48 Sitzen.

Myanmar

- Mitte Juni: Umsiedlungsprogramme in den Staaten Mon und Karen für ehemalige Aufständische vorgesehen.
- 28.-29.Juli: NLD-Abgeordnete legten SLORC fünf Resolutionen vor (u.a. Einberufung des nicht nur mit verfassungsgebenden, sondern mit vollen Befugnissen ausgestatteten Parlaments, Übergabe der Macht an das Zentrale Exekutivkomitee und ZK der NLD, Freilassung von inhaftierten NLD-Mitgliedern und anderen politischen Häftlingen, Aufhebung der Einschränkung demokratischer Rechte).
- 20.Aug.: Luftverkehr mit Singapur aufgenommen.
- Anfang Sept.: Verdreifachung der Opiumproduktion gegenüber Vorjahr von thailändischer Drogenbehörde festgestellt; Gründe sind günstige Witterungsverhältnisse, verminderte birmanische Drogenbekämpfung wegen innenpoli-

scher Krise und Ausweitung des Anbaus durch secessionistische Minderheiten.

Philippinen

Ende Juni: Alle amerikanischen Peace Corps-Mitarbeiter - möglicherweise im Zusammenhang mit Entführungsdrohungen der NPA - abgezogen.

2. Juli: Imelda Marcos im Verfahren wegen illegaler Immobilienkäufe in New York freigesprochen.

16. Juli: Über 400 Tote bei Erdbeben im Norden des Landes.

20. Aug.: Bericht der Volks- und Haushaltszählung vorgelegt: Die Bevölkerung belief sich am 1. Mai 1990 auf 60,5 Mio., die Wachstumsrate auf 2,3%.

Singapur

1. Juli: Religiöse Sekte, angeblich den koreanischen Moonies zuzuordnen, verboten und aufgelöst.

Thailand

20. Juni: Der frühere Verteidigungsminister Chaovalit zum persönlichen Berater des Premierministers in Sicherheits-, Außenpolitik- und Drogenfragen ernannt.

Mitte Juli: Gesetz über soziale Sicherheit, das 10% der Beschäftigten zugute kommen wird, vom Parlament gegen den Widerstand des Senats verabschiedet.

16. Juli: Kabinettsbeschlüsse, die direkte Kontaktaufnahme mit sozialistischen Ländern verhindern, aufgehoben.

22. Juli: Mißtrauensantrag gegen Ministerpräsident Chatichai gescheitert, am Vortag war bereits ein Mißtrauensantrag gegen das gesamte Kabinett mit 220 zu 38 Stimmen gescheitert.

6. Aug.: Einrichtung einer gemeinsamen Wirtschaftskommission mit Australien vereinbart.

15. Aug.: Vertr. Innenminister Santi Chaivirattana auf Grund von Korruptionsvorwürfen entlassen.

22. Aug.: Kukrit Pramroj neuer Vorsitzender der Sozialen Aktionspartei.

11. Sept.: AIDS-Aktivist Mechai Viravaidya warnte vor wirtschaftlichen Rückschlägen auf Grund der Ausbreitung von AIDS; nach seinen Schätzungen derzeit 400 000 Infizierte.

Kambodscha

17. Juni: Eroberung der Provinzhauptstadt Komping Thom und damit der ganzen gleichnamigen Provinz durch Prinz Sihanouks Nationalarmee des Unabhängigen Kambodscha.

Anfang Juli: US-Finanzhilfe für den Widerstand, solange Khmer Rouge beteiligt, durch US-Senatsbeschluß beendet; direkte Kontakte zu Phnom Penh und Hanoi nicht mehr ausgeschlossen, humanitäre Hilfe für Kambodscha möglich.

16.-17. Juli: Fünfte Beratungsrunde des UN-Sicherheitsrates zur Kambodscha-Frage: einige Fortschritte erzielt.

24. Juli: US-Expertenteam zur Überprüfung der sterblichen Überreste von amerikanischen Kriegsvermißten in Phnom Penh.

- 22.Aug.:Prinz Sihanouk und andere Widerstandsführer trafen mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng in Beijing zusammen; 7-Punkte-Erklärung der Nationalen Regierung Kambodschas in Beijing abgegeben; sie sieht u.a. die Bildung eines Obersten Nationalen Rates für eine Übergangsperiode vor.
- 9.-10.Sept.:Informelles Treffen der vier kambodschanischen Parteien in Jakarta; gemeinsame Erklärung abgegeben, die das Rahmenwerk des UN-Sicherheitsrates annimmt und die personelle Zusammensetzung des Obersten Nationalrates (6 Sitze für die Regierung Hun Sen, je 2 Sitze für die Mitglieder der Dreier-Koalition) festlegt.

Laos

- 2.-3.Aug.:Besuch des japanischen Außenministers Nakayama; drei Wirtschaftshilfeabkommen unterzeichnet.
- 17.-19.Sept.:Volkszählung.

Vietnam

- 30.Juni:Vielzahl von neuen Gesetzen von der Nationalversammlung verabschiedet, u.a. Gewerkschaftsgesetz, Umsatzsteuergesetz, Sonderverbrauchssteuergesetz, Einkommenssteuergesetz, Schiffahrtsgesetz, Änderungen des Auslandsinvestitionsgesetzes und der Strafprozeßordnung.
- 3.Aug.:Verschärfte Kontrolle von Medien und Schriftstellern angekündigt.
- 6.Aug.:Erste offizielle Gespräche mit den USA in New York über Kambodscha.
- 30.Aug.:Radio Hanoi mit Ho-Chi-Minh-Orden für seine Propagandaarbeit ausgezeichnet.
- 7.-10.Sept.:Gespräche des Ministers für Zusammenarbeit und Investitionen, Dau Ngoc Xuan, in Teheran über den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen.

OSTASIEN

Hongkong

- 27.Juni:Bill of Rights, am 16.März von der Hongkonger Regierung vorgelegt, von Volksvertretung angenommen.
- 11.Juli:Strafbarkeit von homosexuellen Aktivitäten mit 31 zu 13 Stimmen im Parlament abgeschafft.
- 10.Aug.:Eisenbahnverbindung mit Beijing geplant; Kosten für die 2 364km-Strecke 3,3Mrd. US\$.

Japan

- 19.-21.Juli:Besuch des französischen Premierministers Rocard; Ausweitung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen Schwerpunkt der Gespräche.
- Ende Juli:Irakische Delagation vorzeitig abberufen, schon vereinbarte Kredite nach Iraks Invasion in Kuwait eingefroren.
- 9.Aug.:Hilfe für koreanische Opfer der Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki von Premierminister Kaifu zugesagt.
- 14.Aug.:Unterseeische Glasfaserverbindung zur VR China (1 300 km Kabel, Fertigstellung 1993) beschlossen im Hinblick auf sich ausweitende bilaterale Wirtschaftsbeziehungen.

- Ende Aug.:* Nahostreise Außenminister Nakasones, Gespräche über die Golfkrise und den japanischen Beitrag zur Beilegung.
- 4.-7.Sept.:* Vorbereitung des Gorbatschow-Besuchs 1991 Hauptaufgabe des Besuchs des sowjetischen Außenministers Schewardnadse, gemeinsame Erklärung zum Irak abgegeben, keine Annäherung in der Kurilenfrage.
- 6.Sept.:* Finanzminister Ryutaro Hashimoto führte in Bonn Gespräche mit Bundesfinanzminister Waigel über weltweite Ölpreiserhöhungen durch die Golfkrise.
- 8.Sept.:* Premierminister Kaifu sprach auf LDP-Tagung von Notwendigkeit der Umorientierung der japanischen Außenpolitik: Japan müsse sich "von einem Land im Wiederaufbau zu einem Land mit Verantwortungsbewußtsein" wandeln.

Mongolei

- 6.Juli:* Bedauern der Sowjetunion für stalinistische Repressionen in der Mongolei in den 30er und 40er Jahren ausgedrückt.
- 18.Juli:* Rückzahlung der Schulden an die Sowjetunion bis zum Jahr 2000 gestundet, zugleich Kürzung derzeitiger sowjetischer Hilfeleistungen.
- 22.Juli:* Aus Vorwahlen gingen 799 Kandidaten für die Parlamentswahlen hervor, davon waren 703 MRVP-Mitglieder.
- 29.Juli:* Bei den ersten freien Parlamentswahlen errang die MRVP 61,74% (336 Sitze), MDP und MDU zusammen 24,31% der insgesamt 430 Mandate (vorläufiges Ergebnis). Nachwahlen Ende August in 34 Wahlkreisen.
- 3.Sept.:* Zhambyn Gombozhad zum Parlamentspräsidenten gewählt.

Nordkorea

- 14.-16.Juli:* Handelsgespräche von Außenminister Kim Yong-nam im Iran geführt.
- 15.Aug.:* Pannationaler Kongreß zur Frage der Wiedervereinigung in Panmunjom; Teilnahme von Südkorea abgelehnt.
- 23.-27.Aug.:* Besuch des chinesischen Verteidigungsministers Qin Jiwei.
- 2.-3.Sept.:* Bei Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse Vertrag über sowjetisch-koreanische Grenzordnung und Protokoll über Demarkierung der gemeinsamen Staatsgrenze unterzeichnet.

Südkorea

- 27.Juni:* Abkommen mit Rumänien über wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit, Handels- und Investitionsförderungsvertrag in Seoul unterzeichnet.
- 14.Juli:* Rücktritt der Abgeordneten der oppositionellen Demokratischen Partei aus Protest gegen übereilte Verabschiedung umstrittener Anträge im Parlament (26 Anträge in 33 Sekunden angenommen).
- 23.Juli:* Mandatsniederlegung sämtlicher Oppositionsabgeordneter, Forderung nach Neuwahlen.
- 31.Juli:* Absichtserklärung über Zusammenarbeit im Bereich der Rüstungsindustrie und über Zugang zu hochentwickelter Militärtechnologie mit Frankreich unterzeichnet.
- Ende Juli:* 4 000 Studenten der Sejong Universität, Seoul, müssen ein Semester wegen streikbedingter Ausfälle wiederholen.

26. Aug.-2. Sept.: Delegation der Privatwirtschaft in Beijing zur Erörterung von Kooperationsmöglichkeiten.
- Ende Aug.: 48 radikale Studenten und Soldaten wegen angeblicher Teilnahme an Umsturzversuch verhaftet.
- Anfang Sept.: Übereinkommen über Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion im November getroffen.
- 4.-6. Sept.: Besuch des nordkoreanischen Ministerpräsidenten Yon Hyong-muk zu ersten offiziellen Gesprächen in Seoul; Südkorea legte ein 8-Punkte-Programm der Normalisierung (u.a. über gegenseitige Anerkennung, stufenweise Abrüstung, Familienzusammenführung) vor, Nordkorea forderte Freilassung der inhaftierten Dissidenten, Beendigung der amerikanisch-südkoreanischen Manöver und schrittweise Konföderation der beiden Staaten. Trotz mangelnder konkreter Ergebnisse sprach das Abschlußkommuniqué von beginnendem "ernsthaften Dialog". Folgetagung am 16. Okt. in Pjöngjang geplant.

Taiwan

15. Juni: Bei Lokalwahlen zu Gemeinderäten und Dorf- und Nachbarschaftsvorstehern errang die KMT 76 bzw. 73% der Mandate, mit großem Abstand gefolgt von der Demokratischen Fortschrittspartei.
- Anfang Aug.: Erstmals Pressedelegation in die VR China entsandt.

Volksrepublik China

25. Juni: Dissidentenehepaar Fang Lizhi und Li Shuxian, seit Unruhen 1989 in US-Botschaft in Beijing, freigelassen und ausgereist.
26. Juni: 14 Rauschgifthändler in Kunming hingerichtet.
28. Juni: Hou Gu zum Präsidenten des Militärgerichtshofes der chinesischen Volksbefreiungsarmee ernannt.
1. Juli: Beginn der Volkszählung
16. Juli: Todesstrafe für Pornographie eingeführt.
27. Juli: Diplomatische Beziehungen zu Saudi-Arabien aufgenommen.
22. Juli: Abkommen über Investitionsschutz und Vermeidung der Doppelbesteuerung mit der Sowjetunion unterzeichnet.
26. Juli-9. Aug.: Fünfte Sitzung der sino-sowjetischen Arbeitsgruppe zur Grenzregelung in Moskau.
- 28.-30. Juli: Außenminister Qian Qichen in Algerien zu Gesprächen über u.a. wirtschaftliche Beziehungen.
- Ende Juli: Die Zeitung *Jingji Ribao* dem Staatsrat unterstellt.
- Ende Juli: Jiang Zemin in Tibet, zuvor 123 Mio US\$ Landgewinnungsprojekt unterzeichnet.
12. Aug.: Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit mit Kuba unterzeichnet.
13. Aug.: Vorschlag, die Spratly-Inseln gemeinsam mit Vietnam, Malaysia und den Philippinen wirtschaftlich zu entwickeln und die umstrittene Souveränitätsfrage auszuklammern, von Ministerpräsident Li Peng den Staaten Südostasiens vorgelegt.
- Mitte Aug.: Bau eines internationalen Flughafens in Wuhan (Hubei) in Vorbereitung.
23. Aug.: Deutsch-chinesische Luftfahrtschule in Beijing eröffnet; Gemeinschaftsprojekt von Lufthansa und Air China.
30. Aug.: Sino-sowjetisches Abkommen über die Rahmenbedingungen zur Ent-

- sendung und Beschäftigung chinesischer Arbeitskräfte in sowjetischen Betrieben von beiden Regierungen bestätigt.
- 30.Aug.:Chinese World Trade Center, der größte gewerbliche Gebäudekomplex in China, von Ministerpräsident Li Peng eröffnet.
- 31.Aug.:Zusammentreffen des sowjetischen Außenministers Schewardnadse mit Außenminister Qian Qichen in Harbin, regionale Probleme im Mittelpunkt der Gespräche.
- 7.Sept.:Amt des Ministers für die Staatliche Kommission zur Reform der Wirtschaftsstruktur von Ministerpräsident Li Peng abgegeben, von Chen Jinhua, amtierendem Präsidenten der China National Petrochemical Corp., übernommen.

SÜDPAZIFIK

- 27.Juni:Aufenthaltsverlängerung um vier Jahre für chinesische Studenten in Australien eingeräumt.
- 12.Juli:Australisch-pakistanisches Handelsabkommen unterzeichnet.
- 25.Juli:Neue Verfassung, die Melanesiern politische Dominanz sichert, in Fidschi angenommen; die Opposition drohte mit Boykott der für 1991 angekündigten Wahlen, da sie die Verfassung als rassistisch und undemokratisch ansieht.
- Ende Juli:Abspaltung von Bougainville vom amtierenden Ministerpräsidenten von Papua-Neuguinea abgelehnt; ein Referendum werde man evtl. tolerieren, aber sich nicht notwendigerweise an das Ergebnis halten.
- 4.Aug.:Aufforderung des Südpazifik-Forums an die USA, die Verschiffung von chemischen Kampfstoffen aus der Bundesrepublik zur Verbrennung auf dem Johnston-Atoll zu unterlassen; vom 17.-18.Sept. von vier Ministern aus den Mitgliedsländern des Südpazifik-Forums in Washington vorgetragen.
- 12.Aug.:Reduzierung der sowjetischen Pazifikflotte um 200 000 Mann bis April 1991 vom Oberbefehlshaber der Seestreitkräfte der UdSSR, Admiral Tschernawin, bekanntgegeben.
- 20-21.Aug.:Erste regionale Tourismuskonferenz in Auckland, Bemühungen um Masterplan für regionale Zusammenarbeit.
- 3.Sept.:Vierte Sitzung der chinesisch-australischen Wirtschaftskommission, erstmals seit Tiananmen-Massaker war die australische Delegation wieder auf Ministerebene besetzt.